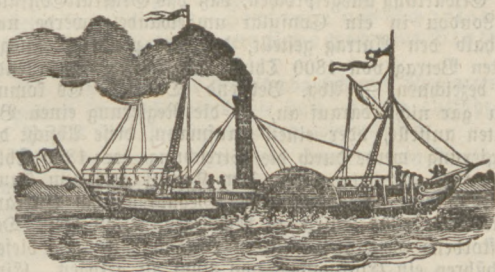


Danziger Dampfboot.

N^o. 177.

Freitag, den 1. August.



1862.

32ster Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portefeuillengasse No. 5.
wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 9 Pfge. werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: A. Metemeyer's Centr.-Ztg.-u. Annonc.-Bür.
In Breslau: Louis Stangen.
In Leipzig: Heinrich Hübnert und C. Jüngen.
In Hamburg-Altona, Frankfurt a. M. Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen des „Danziger Dampfboots“.

Weimar, Donnerstag 31. Juli, Nachmitt.
Heute Vormittag um 11 Uhr ist Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar, zweiter Sohn Carl August's Königl. Niederländischer General der Infanterie a. D., im 70. Lebensjahre zu Bad Liebenstein in Thüringen gestorben.

Warschau, Donnerstag 31. Juli.
Der heutige „Dziennik“ enthält eine Kaiserliche Verordnung, betreffend die Reorganisation sämtlicher Behörden durch Dezentralisierung, Maßregeln zu Ersparnissen durch Verminderung der Beamten und Ausdehnung des Wirkungskreises der Unterbehörden.

Paris, den 29. Juli.
Wie die „Patrie“ meldet, vertritt England auf den Conferenzen in Konstantinopel, die Integrität der Türkei, Frankreich die Interessen der Christen im Orient; Oesterreich stehe auf Seiten Englands, Rußland auf Seiten Frankreichs. Die Türkei habe erklärt, sie werde versöhnliche Schritte thun. — Der französische Consul in Palermo soll erklärt haben, er werde seine Beziehungen zu Sicilien abbrechen. (S. N.)

S a n d t a g. Haus der Abgeordneten.

30. Sitzung. Mittwoch, den 30. Juli.

Die gestern abgebrochene Budgetberatung wird fortgesetzt. Bei dem Etat des Bureaus des Staatsministeriums für 1863 nimmt das Wort Abg. Dr. Becker (Darmstadt): Der Antrag der Kommission (Streichung der Preßfonds zum vollen Betrag) sei insofern gerechtfertigt, als er dem Ministerium das Mißtrauen des Hauses zu verstehen gebe. Aber die Gegenfrage, welche zwischen dem Hause und dem Ministerium bestanden, würden durch Streichungen bei diesem Gegenstand nicht ausgeglichen werden.

Abg. Dr. Birchow: Der Commissarius hätte in der Commission Mittheilungen machen sollen, wie weit die eingegangenen Verpflichtungen gingen. Nach privaten Mittheilungen in der Commission seien dieselben nicht so bedeutend und man könne den späteren Vorlagen der Regierung übrigens in dieser Beziehung mit Ruhe entgegensehen. Ob die Regierung übrigens mit Recht auf diesen Fonds Verpflichtungen übernommen habe, sei sehr zweifelhaft. Jedenfalls liege kein Grund für das Haus vor, sich dadurch von seinem Beschluß abbringen zu lassen. Was die Angriffe der Sternzeitung gegen das Abgeordnetenhaus betreffe, so sei er der Ansicht, jede Presse müsse das Abgeordnetenhaus als Vertreter des Landes achten und ehren. (Bravo.) Glaube die Regierung, das Haus vertrete nicht das Land, so möge sie es auflösen. So lange dies aber nicht geschehen sei, müsse dem Hause auch in der ministeriellen Presse die nöthige Achtung erwiesen werden. (Bravo.)

Finanzminister v. d. Heydt: Er könne nur wiederholt bitten, die in dem Etat pro 1863 ausgeworfene Summe unverkürzt zu bewilligen, sowie er bedauern müsse, daß die Summe für 1862 nicht bewilligt sei, um so mehr, als schon jetzt eine größere Summe für 1862 verausgabt sei und die Regierung sich ungeachtet des Beschlusses des Hauses der Pflicht nicht entziehen könne, die Zahlungen zu leisten, welche im Interesse der Verwaltung unerlässlich seien. Die Regierung werde durch den Beschluß des Hauses in die Verlegenheit gesetzt, die Ausgaben als Staatsüberschreitungen anzusehen, deren Genehmigung dann gar nicht ausbleiben könne, weil es sich um Erfüllung bestehender Verpflichtungen handle. Ob dies dem Interesse des Landes entspreche, stelle er dem Ermessen des Hauses anheim. Unter allen Umständen könne die Regierung eines solchen Blattes nicht entbehren und bitte er deshalb um Bewilligung der Summe.

Abg. Dr. Frese (Minden): Durch die Erklärung des Herrn Finanzministers werde die Sache eine ernstliche, der Minister kündige an, die Regierung werde

Ausgaben, welche die Landesvertretung verweigere, dennoch machen. — Der Regierungskommissar habe an die Loyalität des Hauses appellirt. Wie man aber da von Loyalität sprechen könne, wo das Ministerium die liberale Presse beliebig zu maßregeln im Stande sei und das Haus ein gegen dasselbe gerichtetes Parteiorgan honoriren solle, begreife er nicht. Er bitte im Interesse der öffentlichen Moral die Mittel nicht für ein Organ zu bewilligen, welches Artikel bringe, in denen gesagt werde, daß dies Abgeordnetenhaus die Regierung dahin bringen könnte, die Interessen des Landes durch Verletzung der Rechte des Landes zu schützen, also gewissermaßen mit einem Verfassungsbruch drohe. (Hört! hört!)

Finanzminister v. d. Heydt: Der letzte Redner habe sich darüber verwundert, wie dies Ministerium solche Forderungen stellen könne. Das Ministerium habe sich dieser Forderungen nicht zu schämen, es mache sie mit offener Stirn und als Minister seien sie dazu verpflichtet. Wenn der Vorredner von öffentlicher Moral spreche, so habe er darauf zu erwidern, daß die Regierung sich der Pflicht niemals entziehen könne, eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen. Es sei würdiger, daß die Regierung diese Forderungen als ordentliche Postitionen in dem Etat angeht. Die Regierung werde die Summen als Staats-Überschreitungen motiviren müssen, und darin liege gewiß kein Verfassungsbruch; die öffentliche Moral aber verlange, daß man eingegangene Verpflichtungen erfülle.

Abg. Lette gegen den Commissions-Antrag.
Minister v. Sadow: Man habe von Schwähungen gesprochen, die in der Sternzeitung laut geworden; es scheine, als ob die Mitglieder des Hauses das Blatt nicht gelesen hätten. Bis man ihm bestimmte Nachweise gegeben, erwarte er den Beweis des Gegentheils seiner Behauptung.

Reg.-Commissar Geh. Rath Hegel: Die Erklärungen des Commissars in der Commission seien vollkommen genügend gewesen, die Regierung sei bestimmte Verpflichtungen eingegangen und zwar auf längere Zeit, da sie gute Literaten nicht immer auf den Augenblick haben könne. Den Vertrag wegen der Zeitung habe er nicht vorgelegt und das sei auch nicht notwendig gewesen, da der Fonds ein geheimer sei. Doch seien die Mittheilungen klar genug gewesen, einen Anhalt zu einem Beschluß zu geben.

Minister v. d. Heydt: Die Kosten der ostasiatischen Expedition seien nicht aus dem Extra-Ordinarium des Staatsministeriums, um das es sich handle, sondern aus dem Haupt-Extraordinarium der Finanzverwaltung genommen. Er halte es übrigens für besser, die Ausgabe stets an der betreffenden Stelle zu machen, als sie auf das Haupt-Extraordinarium hinüberzunehmen. — Was nun die Belehrung des Abg. Birchow betreffe, so bedürfe die Regierung derselben nicht. Sie sei sich bewußt, dem Hause stets die schuldige Achtung zu zeigen, auch in ihrer Presse. Ob das Haus aber sich stets seiner Pflicht gegen die Organe der Regierung bewußt sei, das zu entscheiden müsse er dem Hause selbst überlassen.

Abg. v. Hennig (Straßburg): Die Regierung habe nicht das Recht eine Ansicht, wie die von dem Finanzminister gehörte, abzugeben, denn dieselbe befage nicht anderes, als daß das Steuerbewilligungsrecht der Landesvertretung von der Regierung nur so weit getachtet werde, als es der Regierung bequeme sei. Kein Minister, der die Verfassung halten wolle, könne so sprechen. Geheime Fonds müßten alle Jahre bewilligt werden, und die Regierung dürfe deshalb auf diese Fonds hin gar keine Verpflichtungen über mehrere Jahre hinaus eingeben. Die Regierung dürfe überhaupt keine bindende Verpflichtung dieser Art ohne Genehmigung des Hauses eingeben; zur Lösung des Contraces — und jeder Contract sei zu lösen — werde das Haus die Mittel bewilligen. — Er (Hennig) sei sich der Achtung gegen die Vertretung der Krone bewußt und halte den Herrn Minister zu einer Bemerkung, wie er sie gemacht, nicht für berechtigt.

Finanzminister v. d. Heydt: Der Vorredner habe erklärt, daß nach den Ausführungen der Regierung diese die Absicht habe, die Verfassung nicht zu halten. Diese Erklärung scheine ihm die Schranken der Ordnung zu überschreiten, und stelle er sich deshalb unter den Schutz des Herrn Präsidenten, indem er den Antrag stelle, den Abgeordneten zur Ordnung zu rufen; denn kein Mitglied des Hauses habe das Recht, dem Minister, der die

Verfassung beschworen habe, eine solche Absicht unterzulegen. (Bravo rechts.)

Präsident Grabow: Einen Ordnungsruf könne er vorläufig nicht ergehen lassen, da er die angeführte Aeußerung nicht gehört habe; er werde sich darüber erst entscheiden können, wenn er die Aeußerung schwarz auf weiß gelesen habe.

Finanzminister v. d. Heydt: Er bitte den Abg. v. Hennig selbst zu fragen, ob er diese Aeußerung nicht gethan habe.

Präs. Grabow: Er richte deshalb an den Abgeordneten die Aufforderung sich darüber zu erklären.

Abg. v. Hennig: Er müsse jede Berechtigung zu dieser Frage in Abrede stellen; er könne darüber keine Auskunft geben; es sei möglich, daß er dies gesagt habe und werde dem Herrn Präsidenten den stenographischen Bericht uncorrectirt übergeben.

Präs. Grabow: Unter den obwaltenden Umständen müsse er die Frage bis nach Einsicht des stenographischen Berichts als erledigt ansehen.

Abg. v. Gottberg: Es sei gestern zwar vom Abgeordneten Becker behauptet worden, daß die Sternzeitung keine anderen Leser habe, als das Ministerium; die speziellen Mittheilungen des Abg. Birchow bewiesen ihm aber doch, daß wenigstens dieser Herr zu ihren Lesern gehöre. Der Abg. v. Hennig habe eine indirecte Verletzung der Verfassung darin gesehen, daß der Minister extraordinaire Ausgaben mache. Er sehe aber keine Verletzung der Verfassung darin. Der Minister habe ein Recht zu Staats-Überschreitungen. Er fürchte, daß, wenn das Haus die Bewilligung nicht auspreche, das Urtheil Europa's über die stattgehabte Debatte und das Gebahren des Abgeordnetenhauses nicht zu Gunsten des Letzteren ausfallen werde. Die Regierung treffe in dieser Frage kein Vorwurf; sie habe offen und loyal gehandelt.

Abg. v. Vinke (Stargard): Obgleich er den Ausführungen des Abgeordneten Frese größtentheils beistimme, so sei er doch geneigt, in der gegenwärtigen exceptionellen Lage gegen den Commissions-Antrag zu stimmen. Die Regierung bedürfe zur Vertretung dem Auslande gegenüber ein Organ. Der Abgeordnete Frese habe sie in dieser Beziehung auf die unabhängige Presse verwiesen, und er erkenne gern an, daß die großen liberalen Blätter jüngst auf dem Gebiete der Handelspolitik Oesterreich gegenüber ihre Schuldigkeit gethan. Die Regierung müßte aber auch in ausländischen Blättern vertreten sein, und dies sei namentlich in Süddeutschland nöthig. Die Regierung bedürfe auch eines Organs, um ihren Standpunkt dem Auslande gegenüber klar zu machen, ohne doch sofort durch offizielle Kundgebung sich einer Verantwortlichkeit zu unterziehen. Dazu diene aber die offiziöse Presse, während die verantwortliche Kundgebung in den Acten enthalten sei. Eine solche offiziöse Presse gebe es in jedem Staate Europa's, und er mache nur der Regierung den Vorwurf, daß sie zu wenig dafür ausgäbe. Im Interesse des Vaterlandes, nicht einer politischen Partei, bitte er, der Regierung die verlangten Mittel zu bewilligen.

Der Schluß der Diskussion wird angenommen.

Der Abg. Lette stellt den eventuellen Antrag, anstatt 31,000 Thlr. nur 16,000 Thlr. zu bewilligen.

Die Abtünnung folgt. Die Gehälter des Directors und Kanzleidirectors (mit 1200 resp. 600 Thlr.) werden auch für 1863 als „künftig wegfallend“ genehmigt. Für den Antrag Lette's, den Dispositionsfonds auf 16,000 Thlr. zu erniedrigen, stimmen die Conservativen, die Katholiken, Ultraliberalen (Fraktion Vinke und Rönne) und von der Fraktion Bedam-Toffe einige Mitglieder, wie Frese, Kuhlwein u. A.; der Antrag ist mit großer Majorität abgelehnt, dagegen der Antrag der Commission: Streichung des gesammten Fonds von 31,000 Thlr. mit demselben Stimmenverhältnis angenommen.

Der Etat für die Archive für 1862 und 1863 wird nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Hartort angenommen.

Bei dem Etat für das Staats-Secretariat pro 1862 beantragt die Commission den Wegfall von 2500 Thlr., und will die Regierung auffordern, diesen Etat für 1864 zu freileiden.

Finanzminister v. d. Heydt: Die Regierung werde das Gebot für das Staats-Secretariat pro 1864 nicht mehr ausführen.

Das Haus nimmt den Commissionsantrag an. Dasselbe geschieht mit dem Etat pro 1863.

Bei dem Etat für die General-Ordens-Kommission beantragt die Kommission die Resolution, die Erwartung auszusprechen, die Staatsregierung wolle zur Verminderung der Kosten für Anschaffung von Ordens-Insignien darauf Bedacht nehmen, daß Inländer die Ordens-Insignien nicht in natura, sondern nur ein Patent, welches zur Tragung des Ordens berechtigt, erteilt werde.

Finanzminister v. d. Heydt: Er müsse bedauern, daß die Resolution gestellt sei, die Ordensverleihung sei eine Prerogative der Krone, und in dem betreffenden Verfassungsartikel sei nicht die Rede von Patenten, sondern von Orden. In dieser Beziehung könne keine Beschränkung vorgeschlagen werden.

Abg. Taddel (sehr schwer verständlich): Die Ordensverleihung sei nur ein Act der königl. Gnade, das Volk sei nicht dabei theilhaftig. Die Verdienste der Definitoren seien meist nicht bekannt. Wenn dennoch das Volk die Kosten tragen sollte, so halte er die Verminderung der Kosten für begründet. Die königl. Prerogative leide nicht darunter.

Abg. Reichenberger (Gelsen): Die Landesvertretung hätte das größte Interesse, die Verfassung also auch in diesem Punkte (Art. 50) aufrecht zu erhalten. Die Bemängelung sei eine kleinliche, die gar nicht vom Hause angeregt werden müsse.

Abg. Waldeck: Ob mit dem Worte Orden auch immer Ordenszeichen gemeint sein müßte, sei wohl nach der Geschichte der Orden noch zweifelhaft. Doch sehe er davon ab. Er stimme mit der Ansicht überein, daß die Verdienste nicht in gleichem Maße mit den Orden gewachsen seien. (Heiterkeit.) Doch sei er für die bisherige Art der Verleihung. Ein Orden sei ja jetzt weiter nichts als ein biederer Band oder dergleichen. Wenn man auch das noch fortnehmen wolle, so bliebe ja gar nichts. — (Heiterkeit.)

Abg. Zimmermann: Bedüglich der Verfassungsartikel bestimme ihn und seine Freunde, gegen die Resolution zu stimmen.

Referent Abg. Hoyerbed: Die Resolution enthalte ja nur einen Vorschlag zur Ersparung bei einer Summe, die von Jahr zu Jahr steige. Hätte die Kommission gewußt, daß der Vorschlag so viel Widerspruch finden würde, so hätte sie ihn vielleicht nicht gemacht.

Das Haus erklärt sich fast einstimmig (nur die Abgg. Kerst Lünig dafür) gegen die Resolution, und nimmt auch den Etat pro 1863 für denselben Zweck an.

Bei dem Etat der Ober-Rechnungskammer hat die Kommission 2200 Thlr. für zwei neue Stellen einzusetzen und diese auf den Etat für Hilfsarbeiter zu übertragen beantragt.

Der Regierungs-Commissar legt die Nothwendigkeit der beiden neuen Stellen unter Hinweis auf die Militär-Organisation, auf die Vermehrung der Geschäfte der Oberrechnungskammer durch Vermehrung der Eisenbahnen u. d. dar und bittet um Genehmigung der Stellen. Durch die Bemerkungen, welche die Ober-Rechnungskammer gegenwärtig alljährlich zu den Rechnungen zu machen habe, seien die beiden Stellen ebenfalls bedingt. Der Referent erwidert, daß die Kommission die Motivierung durch die neue Armees-Organisation nur als vorübergehend betrachten könne und daß man erst abwarten müsse, in welcher Art die Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer zu den Rechnungen sein würden. Der Commissionsantrag wird für die Etats pro 1862 und 1863 angenommen.

Bei dem Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten beantragt die Kommission zunächst: die Kosten für die Minister-Residentur in Darmstadt mit 4,800 Thlr. als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen.

Abg. Behrend (Danzig) beantragt die Ablehnung dieses Antrags. Fasse man den von der Kommission für diesen Antrag geltend gemachten Grund ins Auge, so müßte man eigentlich dahin kommen, sämtliche Gesandtschaftskosten von dem Etat zu streichen. Wenn selbst die Staatsregierung sich in der Person des Gesandten vergiffen haben sollte, worüber er sich kein Urtheil erlaube, so rechtfertige dieses nicht die Absehung des Postens. Er erachtet diese Residentur für sehr nothwendig, da es sehr wünschenswerth sei, daß preussische Anschauungen dort vertreten seien. Die liberale Presse des Großherzogthums hätte wohl ein Anrecht, in ihrer preussischen Politik unterstützt zu werden. Die Absehung würde die Folge haben, daß auch die hessendarmstädter Regierung ihren Vertreter von unserm Hofe abberufe, und jede Beeinflussung würde dadurch verhindert sein. Preußens Beruf in Deutschland, die Rücksicht auf die englische Heirath des heillosen Thronfolgers, die Nothwendigkeit endlich, die Einkünfte des Mainzer Episcopats scharf im Auge zu behalten, verlange die Beibehaltung des Postens. (Beifall.)

Abg. Birchow: Wenn es sich darum handelte, daß Preußen in Darmstadt gar nicht vertreten sein solle, so würde der Vorredner Recht haben; die Kommission habe aber geglaubt, daß die geringen Interessen, welche in Darmstadt zu vertreten seien, sehr gut von Carlsruhe oder Frankfurt aus vertreten werden können. Darmstadt sei der Sitz der Würzburger Coalition, und dabei habe man beobachten können, wie gering der Einfluß unsers Gesandten daselbst sei und wie wenig auf einen Einfluß desselben auf die Bevölkerung zu rechnen sei, was ja bekanntlich nicht zu den Aufgaben der preussischen Diplomatie gehöre.

Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf v. Bernstorff: Wenn der Vorredner zugegeben, daß Darmstadt der Mittelpunkt der Würzburger Coalition sei, so hätte er daraus die Nothwendigkeit der Vertretung folgern sollen. Schon der eine Umstand, daß Oesterreich dort vertreten sei, sei für ihn (den Minister) durchgreifend. (Beifall.)

Die Abstimmung ergibt Ablehnung des Commissions-Antrags mit geringer Majorität. Gegen denselben stimmt der größere Theil der Fraction Reichenberger, die Liberalen, ein großer Theil der Fraction Bodum-Dolffs, die Mitglieder der volkswirtschaftlichen Commission, die Conservativen.

Die folgenden Posten werden nach den Anträgen der Commission ohne Debatte angenommen. Bei dem Antrage, die Stelle des Militärbevollmächtigten in Petersburg ebenfalls für „künftig wegfallend“ zu erklären, constatiert der Minister des Auswärtigen nach der Abstimmung — Annahme mit großer Majorität — daß er gegen diesen Antrag sich habe erklären wollen.

Die Commission hat außerdem den Antrag gestellt: „die einzelnen Positionen dieses Titels (Gesandtschaften) für Titel zu erklären.“

Der Commissionsantrag (Spezialisirung dieses Haupt-Etats wird, nachdem der Reg.-Com. Mölle, Abg. Hagen, Minister v. d. Heydt und Ref. Abg. v. Hoyerbed gesprochen, mit schwacher Majorität angenommen.

Die Commission hat bei Titel 7 (Consularbeamte) die Erwartung ausgesprochen, daß das General-Consulat in London in ein Consulat umgewandelt werde und deshalb den Antrag gestellt, den hier pro 1862 ausgesetzten Betrag von 1800 Thlrn. als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen. — Abg. Behrend (Danzig): Es kommt ihm gar nicht darauf an, ob die Regierung einen Beamten anstelle, oder einen Kaufmann, diese Absicht der Regierung werde durch die Streichung der 1800 Thlr. gar nicht alterirt; allein dem Consul aus dem Kaufmannsstande neben den hohen Gebühren noch Bureaukosten von 1800 Thlrn. zu bewilligen, sei zu viel. Der verstorbene General-Consul in London hätte aus diesen Gebühren ein Einkommen von 3000 Pf. gezogen. Eine Ermäßigung der Gebühren der Consuln liege im Interesse des Publikums; das General-Consulat in London sei aufzuheben und nur ein Consul aus dem Handelsstande zu bestellen. Man werde dann die Vice-Consulate in den englischen Provinzialstädten in Consulate verwandeln können und diese ausreichend besolden, wenn man sie auf die Gebühren verweise, von denen sie bisher die Hälfte an den General-Consul hätten ableistern müssen. Auch würde es sehr gut sein, wenn deren Berichte dann direkt an das Ministerium gelangten, statt wie bisher an den General-Consul, der davon nur das ihm Gutscheinende benutzte habe.

Reg.-Commissarius Philipsborn: Vom Standpunkte der Regierung nach sorgfamer Erwägung der Verhältnisse, und vom Standpunkte der Erfahrung müsse er sich gegen den Commissions-Antrag erklären. Das General-Consulat in London sei der Mittelpunkt eines abgeschlossenen Organismus von Consulaten. Es existierten in England 60 Vice-Consuln und in den überseeischen englischen Besitzungen noch 25 Consuln. Gegen den directen Verkehr der Vice-Consuln mit dem Ministerium müsse er sich erklären, da die Erfahrung die bisherige Einrichtung als sehr gut herausgestellt habe.

Abg. Dr. Faucher: Es liege überhaupt nur ein Antrag der Commission vor, der auf Streichung der 1800 Thlr. gehe. Er halte die Umwandlung des General-Consulats in ein Consulat für unmöglich.

Der Präsident Grabow erklärt, daß es sich für 1862 nicht um Streichung der 1800 Thlr. handle, sondern darum, sie als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen.

Abg. Behrend: Wenn die Regierung einen nicht kaufmännischen General-Consul in London anstellen wolle, so müßten die 1800 Thlr. für Bureaukosten künftig wegfallen; im Falle, daß die Regierung einen kaufmännischen anstellen wolle, so stelle sie in Aussicht, daß die Gebühren ermäßigt würden. Ein kaufmännischer General-Consul bedürfe aber der 1800 Thlr. Bureaukosten nicht, er sei reich genug dotirt mit den Gebühren.

Der Schluß der Diskussion wird angenommen. Bei der Abstimmung bleibt der Antrag der Commission in der Minorität.

Die nächste Diskussion erhebt sich bei dem Antrage der Commission: gegen die Regierung die Erwartung auszusprechen, daß die sämtlichen Jahresberichte und andere ausführliche Berichte preussischer Consuln in den verschiedenen Ländern und Häfen zusammen abgedruckt alljährlich dem Hause vorgelegt werden.

Der Reg.-Commissar: Die Berichte der Consuln seien bis jetzt in dem Handels-Archiv veröffentlicht und gelangten so in die Hände derjenigen, die sich dafür interessirten; das bisherige Verfahren dürfte also auch den Wünschen des Hauses entsprechen.

Folgt die Verabreichung des Commissions-Antrags: die Regierung aufzufordern, in der nächsten Session ein Gesetz über die Jurisdiction der Consuln vorzulegen.

Minister Graf Bernstorff: Die Regierung beschäufte sich mit dem Gegenstand, der sehr schwierig sei; in China und Japan müßten erst Erfahrungen gesammelt werden; in der Türkei hätten die Consuln, nur die Thatsache zu entscheiden; in den Donaufürstenthümern entscheide ein schiedsrichterlicher Spruch.

Der Antrag des Abg. Wachler auf Streichung der Worte: „in der nächsten Session“ wird verworfen und der Antrag der Commission selbst darauf angenommen. — Ebenso werden fast ohne Discussion die Positionen des Etats für 1863 genehmigt, nur bei der Streichung der 6000 Thlr. pro 1863 für den Militärbevollmächtigten in Petersburg hebt der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hervor, der Posten sei alt und habe sich bewährt; der Widerspruch hat keinen Erfolg. — Die von der Commission beantragte Streichung der Ausgaben für den Darmstädter Posten und das Londoner Generalconsulat für 1863 wird nicht genehmigt. — Damit ist der Bericht erledigt.

Präsi. Grabow: Er habe nun noch den Antrag des Finanzministers wegen des Ordnungsrufes gegen den Abg. v. Hennig zu erledigen; er habe sich die stenographischen Berichte vorlegen lassen; die betreffende Stelle laute folgendermaßen: „Der Hr. Finanzminister hat uns die außergewöhnliche Erklärung hier abgegeben, daß die Regierung, wenn wir die Position nicht bewilligen, trotzdem die Ausgabe machen und sich dann rechtfertigen werde, wenn die Summe bei der allgemeinen Rechnung unter den gewöhnlichen Etats-Überschreitungen aufgeführt würde. Meines Wissens ist einer parlamentarischen Versammlung eine solche Erklärung von Seiten eines Ministers noch niemals abgegeben worden, und sie kann

auch nicht ergehen von einem Minister, der die Absicht hat, die Verfassung zu halten. Ich bin der Meinung, daß, wenn der Finanzminister eine solche Erklärung abgegeben hat, wie diese eben gehörte, dies dann eigentlich voraussetzt, das Steuerbewilligungsrecht der Landesvertretung existire nur so lange für die Staatsregierung, als es ihr paßt.“ Diese Rede (fährt der Präsident fort) sei nicht so, wie sie gehalten werden sollte; er sehe aber in der Aeußerung die directe Erklärung nicht, daß der Finanzminister die Absicht habe, die Verfassung zu verletzen. Wenn er auch die Auffassung des Abgeordneten nicht billigen könne, so glaube er mit Rücksicht auf den Inhalt, der eine bestimmte Voraussetzung mache, einen Ordnungsruf nicht erlassen zu können. (Bravo.)

Abg. v. Hennig: Er werde stets den Anordnungen des Präsidenten sich zu fügen geneigt sein; der Präsident scheine nun angenommen zu haben, daß eine Beileidigung des Finanzministers in seinen Worten liegen könne; das habe er nicht beabsichtigt, und wenn der Präsident doch die Absicht darin zu finden geglaubt, so erkläre er, daß er den Minister nicht habe beleidigen wollen.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr.

N u n d s c h a u.

Berlin, 31. Juli.

— Der Kronprinz wollte gestern zu einer Truppenbesichtigung von Potsdam nach Berlin kommen, gab aber die Fahrt auf, da die Niederkunft seiner Gemahlin stündlich erwartet wird. Schon seit einigen Wochen verweilt im Neuen Palais zu Potsdam der englische Geburtshelfer Lococoq, und auch die Amme, eine junge Bauersfrau aus Meissen bei Minden, ist bereits dort anwesend. Auch am großherzoglichen Hofe zu Karlsruhe wurde schon gestern die Entbindung der Großherzogin Louise erwartet.

— Der Oberbürgermeister von Breslau, Herr Elwanger, erläßt folgenden Ausruf: „Von den Vertretern der schlesischen Städte, welche im vorigen Jahre bei der Ueberreichung der Sr. Majestät dem Könige ehrfurchtsvoll dargebrachten Festgabe in Breslau anwesend waren, ist es als ein Bedürfnis ausgesprochen worden, sich alljährlich einmal zur Besprechung und Förderung städtischer Angelegenheiten zusammen zu finden. Die Magistrats-Dirigenten der größeren Städte sind zur Vorbereitung dieser Angelegenheit in Folge des ihnen gewordenen Auftrages später in Breslau zusammengetreten. In Gemäßheit dieser Verathung bringt der Unterzeichnete Folgendes zur Kenntniß der Betheiligten: 1) Die erste Versammlung findet unter der Bezeichnung „schlesischer Städtetag“ vom 1. bis zum 3. Sept. in Görlitz statt. 2) Zur Theilnahme an dem Städtetag sind berechtigt alle jetzigen und früheren Mitglieder der Magistrate und Stadtverordneten-Versammlungen der schlesischen Städte. 3) Gegenstände der Verathung sind solche, welche ein unmittelbares Interesse der Städte und der städtischen Verwaltungen berühren. 4) Alle diejenigen, welche Gegenstände dieser Art auf dem Städtetag besprochen zu sehen wünschen, oder selbst Vorträge darüber halten wollen, werden ersucht, dies unter genauer Angabe des Gegenstandes dem Unterzeichneten bis spätestens den 10. August c. anzuzeigen. 5) Die Gegenstände der Tages-Ordnung werden 14 Tage vor Eröffnung des Städtetages öffentlich bekannt gemacht werden. 6) Zur Bestreitung der Auslagen löst jeder Teilnehmer des Städtetages vor der Eröffnung eine Legitimationskarte, deren Betrag auf zwei Thaler festgesetzt ist. 7) Die verehrlichen Magistrate werden gebeten, die in ihrer Stadt sich meldenden Teilnehmer dem Magistrate zu Görlitz spätestens bis zum 23. August namhaft zu machen. Breslau, 23. Juli 1862.“

— König Franz II. von Neapel hat auf die Nachricht von der Anerkennung Italiens durch Rußland dem Kaiser Alexander den St. Andreas-Orden, den dieser Monarch dem Vertheidiger Gaeta's während der Belagerung überreichen ließ, zurückgesendet. So meldet „Das Vaterland.“

— Wie man der „A. A. Ztg.“ schreibt, hat der in Marburg wohnende Minister a. D. Hassenpflug in den letzten Tagen zweimal Schlaganfälle gehabt, so daß seinem baldigen Ende entgegenzusehen ist. Schon vor einigen Wochen war er geistig so herabgekommen, daß er nichts mehr fassen und ihm der Act der Wiederherstellung der von ihm umgestürzten Verfassung nicht mehr mitgetheilt werden konnte.

Kassel, 28. Juli. Der Kurfürst ist bereits gestern, also um einen vollen Tag früher eingetroffen, als er bis kurz zuvor auf Wilhelmshöhe erwartet war. Da dies eine ungewöhnliche Erscheinung ist, so knüpft man daran allerlei Vermuthungen, doch wohl ohne Grund. Ob es geglaubter ist, was die Unglücksgraben von einer baldigen Entlassung des Hrn. v. Stiernberg, Minister des Innern, fingen, lasse ich dahin gestellt sein; zweifellos ist es aber, daß der Kurfürst ihm bereits seinen Unwillen über mehrere Maßnahmen zu erkennen gegeben hat. Man meint, Hr. v. Stiernberg werde durch Hrn. v. Dehn-

Kotzler selbst ersetzt werden und der vorige Finanzminister Rohde wieder die Finanzen erhalten. Daß der Kurfürst diesen milden und gefügigen Mann schon von Anfang an beibehalten wollte, ist bekannt.

Wien, 26. Juli. Seit einigen Tagen circulirt hier eine Petition an den Kaiser um Amnestirung der in den Prozeßproben Verurtheilten. Die Petition soll durch einige Mitglieder des Gemeinderathes Sr. Maj. überreicht werden und, wie die „Presse“ heute berichtet, schon 4000 Unterschriften tragen. — Interessant ist zu erfahren, wie in Italien von der nationalen Partei die Anerkennung von Seite Rußlands aufgefaßt wird. Der „Partito d'Azione“ beurtheilt dieses Ereigniß nach zwei Seiten und zwar materiell: als bloße Erleichterung der Handelsinteressen zwischen diesen beiden Ländern — niemals aber als eine formelle Anerkennung des einigen Italiens und daher ohne irgend eine Wichtigkeit; in moralischer Beziehung: als eine große Calamität, weil sie zu einem Kriege mit Deutschland und England führen kann.

Als eine der erfreulichsten Folgen des Protokollengesetzes vom 8. April ist die Gründung von Gustav-Adolph-Vereinen in Oesterreich zu betrachten, die früher natürlich vollkommen verpönt waren. Der hiesige Hauptverein hat bereits mehrere Filiale. In den nächsten Tagen, nämlich am 26. und 27. d. M., findet hier die erste (constituierende) Jahresversammlung des Hauptvereins der Gustav-Adolph-Stiftung statt und wird voraussichtlich sehr stark besucht werden.

Kiel, 29. Juli. Advokat Lehmann ist so eben gestorben. Das Land hat in ihm seinen besten Mann verloren.

28. Juli. Gestern ist im hiesigen Hafen ein englisches Ostsee-Geschwader unter dem Kommando des Prinzen Alfred eingetroffen, bestehend aus den Linien Schiffen „Revenge“, 89 Kanonen, „St. George“ und „Trafalgar“, 86 Kanonen, der Panzer-Fregatte „Defence“, 18 Kanonen, den Fregatten „Esmerald“, 40 Kanonen, und „Galathea“, 26 Kanonen, und der Corvette „Chanticleer“, 17 Kanonen.

Paris, 27. Juli. Das fast einstimmige Votum der preussischen Kammer zu Gunsten des Handelsvertrages hat hier eine große Wirkung hervorgerufen. Fast alle Journale heben die Bedeutung dieser Manifestation hervor, und die Patrie widmet dem Handelsvertrage, auf die Anträge Oesterreichs Bezug nehmend, einen Leitartikel, der zwar in seinen Konsequenzen etwas übertrieben ist, der aber die unvorhergesehene Anerkennung der Politik Preußens enthält. „Die preussischen Kammerungen“ sagt die „Patrie“, „legen Zeugnis davon ab, daß die Abstimmung eine unabhängige war. Die preussische Regierung hat, über die Hauptpunkte der Allianz befragt, geantwortet, daß sie keinerlei politische Concession nach sich ziehe; es ist dies, hat Graf Bernstorff gesagt, ein Pfand für die wahren zukünftigen Interessen Deutschlands.“

London. Ueber Oesterreich, den Zollverein und den preussisch-französischen Handelsvertrag sagt „Saturday Review“: „Preußen ist entschlossen, an dem französischen Vertrage festzuhalten und das übrige Deutschland sich ihm anschließen zu lassen. Es ist kein Grund vorhanden, daran zu zweifeln, daß ihm dies vollkommen glücken wird, wenn es nicht wankt. Allein auf der anderen Seite ist es gleichfalls gewiß, daß es auf großen Widerstand stoßen wird, und daß das Bündniß der Schutzöllner mit seinen politischen Gegnern unter den Fittichen Oesterreichs seine Beharrlichkeit und Ausdauer auf eine harte Probe stellen werden. Seine Freunde müssen sich jedoch mit dem Gedanken trösten, daß die Prüfung endlich kommen mußte, und daß jeder Schritt, welcher Preußen zu einem engeren Anschluß an die Westmächte bringt und es nöthigt, eine unabhängigere Stellung in Deutschland einzunehmen, auf die Dauer zu seinem Besten ausschlagen muß und alle guten Eigenschaften, die es entfalten kann, ins Leben rufen wird.“

Madrid. Die offizielle Gazetta vom 25. Juli enthält folgendes vom 18. Juli datirtes königliches Dekret: „Auf den Vorschlag des Ministers des Krieges und der Kolonien und im Einverständniß mit dem Staatsrath und dem Ministerium beschließen Wir, wie folgt: 1) Es werden zum Verlaufe ausgesetzt mit Bezug auf die Vorschriften des gegenwärtigen königlichen Dekrets und ohne Benachtheiligung der Lasten und Dienstbarkeiten, welche gesetzlich darauf ruhen, alle bauerlichen und städtischen Besitzungen, Gebäude und Grundzinsen, welche den aufgehobenen geistlichen Orden der Insel Cuba gehören. 2) Ausgenommen davon sind: a) die zum Gottesdienste bestimmten Gebäude; b) diejenigen Gebäude, welche die Regierung zu öffentlichen Zwecken bestimmen wird; c) alle Gebäude und Besitzungen, deren Verkauf die Regierung aus wichtigen Gründen refer-

viren wird. 3) Der Verkauf dieser Güter soll in öffentlicher Licitation geschehen, wie es die General-Superintendentur der Insel Cuba für zweckmäßig hält, jedoch mit der Bedingung, daß solches in möglichst kleinen Parzellen geschieht, wovon nur eine Ausnahme gemacht werden soll, wenn durch die Parzellirung der Werth vermindert wird.“

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 1. August.

In den nächsten Tagen wird der Besuch Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Alfred von England mit einem Geschwader hier erwartet.

In der gestrigen Magistrats-Sitzung ist die erledigte Lehrerstelle in Gute-Herberge und Scharfenort durch die Wahl des Lehrers Schuchow aus Stolp besetzt worden.

Die Jahresfeier des Krankenhauses auf Neugarten fand gestern in erhabender Weise statt. Einen ausführlichen Bericht über dieselbe behalten wir uns vor.

Nach der vom 1. August c. eintretenden Veränderung einiger Züge, namentlich der Schnellzüge, auf der Ostbahn, soll alsbald mit der Einrichtung eines Courierzuges vorgegangen werden, mit welcher die Befügung der III. Wagenklasse zu den Schnellzügen verbunden sein wird.

Die beiden von uns erwähnten Denkmünzen vom großen National-Schützenfest zu Frankfurt a. M., welche für das gestrige Bilschießen im Schützenhausgarten als Preise ausgesetzt waren, haben die Herren Hampel und Reis gewonnen.

Von Mitgliedern der Friedrich-Wilhelms-Schützen-Bruderschaft wird heute eine Vergnügungsfahrt nach Heubude unternommen.

Der Oberstaatsanwalt Gerlach beim Appellationsgericht in Marienwerder ist im Bade Rissingen in voriger Woche gestorben.

Die Provinz Preußen zählt 28 Turnvereine; mehrere andere sind in der Bildung begriffen; die Zahl der Mitglieder beträgt über 2500. Sie hat sich gegen das vorige Jahr (12 Vereine mit noch nicht 1000 Mitgliedern) also fast verdreifacht, die größte Zahl der Vereine findet sich zwischen der Weichsel und der Passarge. Es sind noch ungefähr 14 Städte der Provinz mit mehr als 3000 Einwohnern ohne einen Turnverein, darunter z. B. Wehlau, Heilsberg, Dirschau, Conig. Ein gemeinsames Band haben die Vereine durch die vor einem Jahre gegründete Provinzialturnkasse, an welche die Vereine freiwillige Beiträge, meist 10 pCt. ihrer Einnahme zahlen, wodurch es möglich wird, neu erstandene Vereine zu unterstützen und für die technische Ausbildung von Turn-Lehrern zu sorgen. Dem Verbands haben sich die Turnvereine des Regierungsbezirks mit etwa 500 Mitgliedern, Bromberg an der Spitze, angeschlossen.

In den Räumen des ehemaligen Franziskanerklosters wird heute Abend unter der Theilnahme von Kunstfreunden eine kleine Festschicht stattfinden.

Das Eisenbahn-Projekt Warschau-Mlaw-Danzig, wird jetzt auch in den Petersburger Zeitungen besprochen und befürwortet. Wir erfahren aus jenen Blättern, daß zur Ausführung dieses Projekts sich in Warschau ein Comité gebildet hat, welches die Linie Warschau-Mlaw bereits durch Ingenieure untersuchen läßt und die preussische Regierung um die Erlaubnis gebeten hat, diese Untersuchung auf die Strecke Mlaw-Marienburg ausdehnen zu dürfen. Wenn die Warschauer Kapitalisten die nötigen Fonds zusammenbringen, so liegt für Erbauung dieser Bahn eine bei weitem größere Wahrscheinlichkeit vor, als für die Verwirklichung des Thorn-Königsberger Projekts, denn die Warschau-Danziger Bahn bietet dem Theile Westpreußens, durch welchen sie gehen würde, in der Verbindung mit Elbing und Danzig eine weit wichtigere Verkehrsstraße als eine Thorn-Königsberger Bahn und sie erschließt zugleich ein für die Provinz sehr wichtiges Stück polnisches Hinterland; dazu tritt der Umstand, daß die Danzig-Warschauer Bahn mit der Ostbahn gar nicht, oder doch nur in unerheblicher Weise concurrirt, die Konkurrenz, welche die Strecke Thorn-Danzig erleiden könnte, aber reichlich aufgewogen werden würde durch den gesteigerten Verkehr auf der Strecke Marienburg-Danzig. Unzweifelhaft würde der Aufsehung der Bahn eine Zweigbahn Mlaw-Königsberg sich anschließen und somit auch ein dem Ostpreussischen Binnenlande sehr zuzugewandter Schienenweg entstehen.

Mit der Eröffnung des Circus Carré sollen Extra-Fahrten der Dampfbusse von hier nach Langefuhr nach dem Schlusse der Vorstellung stattfinden.

Ein Grenadier vom 4. Ostpr. Regt. kam vorgestern mit zwei schon in Untersuchung gewesenen Arbeitseuten zusammen und wurde von letzteren aufgefordert, seine Uhr zu zeigen, um einen Tausch zu machen. Nichts Böses ahnend, zog der ehrliche Krieger seine silberne Taschenuhr hervor und gab dieselbe in die Hand des einen Arbeiters, der sie dann wieder dem anderen einhändigte, bis plötzlich bei dem Hin- und Herreichen zwischen den beiden Arbeitern die Uhr und endlich ihre Person selbst verschwand. Gestern wurden die beiden Uhrenfreunde indeß an der Hauptwache ergriffen. Keiner von ihnen wollte über den Verbleib der Uhr etwas wissen; doch es kam anders! — Bei der Revision der Kleidungsstücke des Einen fiel die Uhr aus seinen Unterbeinkleidern auf die Erde. Sehr naiv äußerte er: „Seht! da heft mit doch die Krät, ein Ramroad, gestern die Dahr en de Beesen gesteckt, ohn dat es et weel!“ — Wer wird froher sein als der Grenadier, daß er wieder in den Besitz der väterlichen Mitgift gekommen ist; gewiß wird er sich jetzt hüten, seine Uhr fremden Leuten in die Hände zu geben.

Bei dem eingetretenen guten Wetter steigert sich der Verkehr in unsern Badeorten, und hofft man, daß die Zahl der Badegäste noch beträchtlich zunehmen werde.

Von der russischen Grenze, 28. Juli. Die Stadt Libau prangt jetzt bereits seit mehreren Tagen in Folge des Besuchs der Kaiserlichen Familie, im städtischen Festeschaum, die Einwohner jubeln in einem nicht enden wollenden Enthusiasmus über die ihrem Orte gewordene Ehre, die Allerhöchsten Herrschaften in diesem Sabre bereits zum zweiten Male zur Badefation bei sich empfangen zu können. Schon seit zehn Tagen weilten dort die beiden Großfürstinnen von Leuchtenberg, durch ihre Anmuth und Keuschheit Aller Herzen gewinnend, mit einem ihrer Brüder, einem Knaben von ca. 13 Jahren, und einem jüngeren Sohne des Kaisers. Die Toilette der Damen zeichnet sich durch große Einfachheit aus; die Kleidung der jungen Großfürstin ist ein Turnanzug, welcher der Uniform der Marineinfanterie gleicht. Am 19. d. Mts. traf der Großfürst-Thronfolger auf dem Dampfboot „Kamtschatka“ in Libau ein und wurde bei seinem Aussteigen von seinen Verwandten mit außerordentlicher Herzlichkeit empfangen. Die jungen Kaufleute und Bürger haben eine Art Nationalgarde gebildet, welche für die Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Straßen erfreuliche Sorge trägt. Am 26. d. Mts. wurde der Kaiser mit seiner Gemahlin erwartet. Zur Aufnahme der Kaiserlichen Familie hat Herr Konful Schnobel sein prächtiges Haus zur Disposition gestellt, welches mit außerordentlicher Pracht eingerichtet worden. Am heutigen Tage sollte der Kaiser in den mächtigen Forsten, welche von Libau bis Polangen sich hinziehen, zur Jagd eintreffen. Das Wild ist auf einen engen Kreis seit mehreren Tagen zusammengetrieben worden und verspricht den erhabenen Jägern durch seine große Niederlage heitere Stunden.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Beamtenbeleidigung.] In den meisten Fällen ist der Beruf der Polizei-Beamten ein recht schwerer. Oft haben sie bei der Ausübung ihrer Pflicht mit der Rohheit und der wild entzündeten Leidenschaft zu kämpfen und alle Mittel anzuwenden, sich selbst vor Gewaltthatigkeiten zu schützen. Gewisse Leute scheinen gerade ein Vergnügen darin zu finden, den Polizei-Beamten, welche für die Ordnung des öffentlichen Verkehrs auf Straßen und Plätzen sorgen, das Leben schwer zu machen. Zu diesen Leuten gehört der Arbeiter Hugo Heinrich Otto Slowy. Er ist bereits schon vielfach wegen Beamtenbeleidigung bestraft worden. Vor Kurzem sind drei Anklagen mit einem Male gegen ihn wegen Beamtenbeleidigungen erhoben worden. Indessen wird er jetzt wohl endlich zur Besinnung kommen. Denn er ist, da er vollkommen überführt wurde, zu der nicht geringen Strafe von 1 Jahr Gefängniß verurtheilt worden.

[Ein reumüthiger Sünder.] Der Arbeiter Franz Melawski aus Schlochau, 34 Jahr alt und bereits vielfach wegen Diebstahls wie auch wegen eines Raubanfalls bestraft, ist des einfachen Diebstahls angeklagt. Die Anklage lautet dahin, daß er am 1. Juli d. J. im königlichen Schanklokal in der Schmiedegasse der Frau König ein Paar Schuhe gestohlen. Der Angeklagte erklärte auf der Anklagebank, daß die Sache ihre vollkommene Richtigkeit habe. Am 1. Juli d. J. Nachmittag habe er sich im königlichen Schanklokal befunden und etwas mehr getrunken, als ihm dienlich. Die Schuhe der Frau König, welche unter einer Bank gestanden, hätten ihm zu tanzen und sehr begehrenswürdig erschienen; er habe sie unter seinen Rock gesteckt und sei mit denselben davon gegangen; doch auf böser That betroffen worden. Er habe sogleich die schmerzliche Reue in seiner Brust gefühlt und sich aufrichtige Besserung gelobt. Die Strafe, welche er verdient, wolle er gerne leiden; denn sie würde dazu beitragen, seine guten Vorsätze zu stärken. Der hohe Gerichtshof verurtheilte ihn, dem Antrag des Herrn Staatsanwalts gemäß, unter Annahme mildernder Umstände zu einer Gefängnißstrafe von 6 Monaten.

Handel und Gewerbe.

Danzig, 31. Juli. Zwar haben wir noch kein beständiges Wetter, jedoch fiel während der verfloßenen acht Tage nur wenig Regen und die Ernte-Arbeiten schreiten rüstig vorwärts. Wind sehr veränderlich.

Gleiche Witterungsnachrichten empfangen wir vom Auslande und das Getreidegeschäft verlief sehr bedeutend an seiner vorherigen Lebhaftigkeit; gradezu niedrigere Preise wurden noch nicht gemeldet, die englischen Märkte waren schlecht mit inländischem Weizen und nicht übermäßig durch fremde Aufkäufer versehen, Verkäufer konnten deshalb das eingetretene schöne Wetter in etwas größerer Ruhe mit ansehen, ohne gleich durch billigere Forderungen sich Abzug suchen zu müssen. An unserm Markte wirkte die eingetretene Flaubeit weit nachtheiliger; waren unsere Preise in der lauffähigen Periode gegen das Auslande zu hoch, so mußte der Rückschlag bei eintretender Flaubeit um so fühlbarer werden. Am letzten Freitag und Sonnabend konnten noch 1000 Last Weizen zu sehr festen Preisen abgesetzt werden, seit Montag dagegen ist wenig zu machen gewesen und bei weichen Preisen sind nur etwa 700 Last im Ganzen gehandelt, wobei eine Werthverminderung von fl. 10 bis fl. 15 eintrat. Roggen wurde ebenfalls flauer, schöne inländische Waare konnte man nur mit großer Mühe und in kleinen Partien am Bäder auf 62½ Sgr. abgeben; für polnischen bestand an manchen Tagen gar kein Begehr; Lieferung pr. September ist zu fl. 365 pr. 81½ pfd. gemacht, später zu fl. 360 pr. 125 pfd. vergeblich ausgesetzt. Erbsen und Gerste kleine Zufuhr, ziemliche Nachfrage. Rüben flau, die weichen Delpreise können natürlich nicht ohne Einfluß auf Saar bleiben und so ist schöner Rüben zuletzt nur noch mit 112 Sgr. und trockener Raps mit 116 bis 117 Sgr. bezahlt. Spiritus meist ohne Geschäft, der letzte Preis war 19½ Thlr. pr. 8000 %.

Meteorologische Beobachtungen.

Jahr.	Stunde.	Barometer-Höhe in Por. Linien.	Thermometer im Freien n. Reaumur.	Wind und Wetter.
31	5	337,63	+ 13,2	N. frisch, hell im S. Gew.
Aug.	1	338,98	12,4	Südl. still u. bew.
	12	338,66	15,1	Südl. do. Regen.

Schiffs-Nachrichten.

Angekommen am 31. Juli:

1 Schiff mit Ballast und 20 Gefegelt.

Angekommen am 1. August:

D. Johnsen, Maria, v. Stavanger m. Heeringen.
A. Danielsen, Alerte, v. Björneborg m. Theer. M. Jlerin, Rudolph, v. Jasmund m. Schlemmkreide. A. Steffen, Teaser, v. Dyfart u. J. Jeffray, Laurel, u. J. Mc. Jven, Cath. Mc. Jven, v. Grangemouth m. Kohlen. Ferner 3 Schiffe m. Ballast angekommen u. 16 Schiffe gefegelt.

Geschlossene Schiffs-Frachten.

Seit dem 28. d. geschlossen auf London 17 s. pr. Lead Scantlings u. □-Sleepers, 3 s. 4 d., 3 s. 1½ d., 3 s. 4 d., Berwick 2 s. 9 d., Firth of Forth 2 s. 8 d. pr. Dr. Weizen, Grimsby 15 s. oder Hull 15 s. 6 d. pr. Lead Balken und □-Sleepers, Londonderry 21 s. pr. Lead □, Niewediep 60 Cents pr. Stüd O-Sleepers, Falmouth 19 s. pr. Lead Balken, Lübeck 9 s. 6 d. pr. bänische Tonne Roggen. West-Hartlepool 12 s. 6 d. pr. Lead □-Sleepers.

Course zu Danzig am 31. Juli:

	Wrtel	Gelb	gem.
London 3 M.	6,21½	—	—
Hamburg kurz	151½	—	—
do. 2 M.	151	—	—
Amsterdam 2 M.	—	—	142½
Staats-Schuldscheine 3½ %	91	—	—
Westpr. Pf.-Br. 3½ %	89	—	—
do. 4 %	100	—	—
Staats-Anleihe 4½ %	103½	—	103
Rentenbriefe 4 %	100	—	—
Danz. Privat-Actien	—	—	103½
Danz. Stadt-Obligation	—	—	98

Producten-Verichte.

Börsen-Verkäufe zu Danzig vom 1. August:

Umsatz an heutiger Börse:

Weizen, 110 Lst, 82 pfd. 12 lth., 83 pfd. 28 lth. und 84 pfd. 2 lth. blaupig. fl. 550 pr 85 pfd. Connoiss; ebenso 82½ pfd blaupig. fl. 535; 131/2 pfd. fl. 585. Roggen Nichts gehandelt. Gerste fl., 107, 108 pfd. fl. 267. Rüben 110 bis 111 Sgr. pr. Schiff.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

General-Landjäger-Rath v. Köller n. Fam. aus Pommern. Director Tiede a. Berlin. Gutsbesitzer Bätche a. Pathalwe. Die Kaufl. Bätche n. Fam. und Reih a. Hamburg, Edelmann a. Magdeburg, Brückmann a. Lüneburg, Schlesinger a. Breslau, Kleiber a. Dresden u. Zacharias a. Königsberg. Frl. Schulz a. Königsberg.

Hotel de Berlin:

Rentier Peipe a. Güttrn. Fabrikant Kluge aus Bialosine. Die Kaufl. Armenstrang a. London, Dieter a. Breslau, Cohn a. Grünberg, Nordbeck a. Magdeburg, Arenhold, Cohn, Wiebe, Geist u. Goldstein a. Berlin.

Walter's Hotel:

Pred.-Amts-Candidat Golberg a. Bartenstein. Cand. med. Jacobi a. Königsberg. Stadt-Sekret. Nagel aus Marienwerder. Die Kaufl. Arendt und Goldstein aus Königsberg, Pohl, Basse und Priester a. Berlin, Rosen-dorf a. Schwedt a. D., Krause a. Riesenburg, Spierow a. Hamburg u. Schreff a. Frankfurt a. D.

Somelzer's Hotel:

Die Rittergutsbesitzer Mac Bean a. Kl. Lüblow, du Bois a. Eudoczin u. Schlieper n. Fam. a. Gallen. Gutsbes. Bunge a. Leichenfeldt. Antmann Sieudner a. Demmin. Ober-Inspector Frangius a. Schlawa. Stud. theol. Lebrecht, Achilles und Kaiser a. Berlin. Shipping-Master Grelles a. London. Die Kaufleute Kabanow a. Riga, Böfel n. Fam. a. Zintenburg, Stahl, Gebbing und Ulrichs a. Berlin, Vanterbill a. Haag, Sternberg a. Bremen, Löwenstein a. Graudenz u. Hohne a. Thorn.

Hotel de Thorn:

Oberstleut. a. D. Gevelle a. Wargenfo. Die Gutsbesitzer v. Vefesack a. Heiland und Ständer a. Conig. Neg.-Secret. Gume und Akademiker Gerash a. Königsberg. Die Actiare Wollermann und Schröder a. Zno-wraclaw. Schiffe-Capitain Darm a. Wolgast.

Deutsches Haus:

Kaufm. Emrich a. Eubm. Gerbermeister Hartmann a. Berent. Gastwirthin Krusemarck a. Coninga.

Hotel d' Elba:
Santor Post und Inspector Cech a. Kofslau. Die Kaufl. Dreifuß a. Cöln, Holz a. Düsseldorf u. Kirschstein a. Königsberg.

Circus Gymnasticus.

Die rühmlichst bekannte niederländische Künstler-Gesellschaft des Unterzeichneten, bestehend aus Herren und Damen, Marokkanern, Arabern, Nordamerikanern, Engländern und Holländern, ist zum Dominiksmarkt hier eingetroffen und wird die Ehre haben,

am Sonntag den 3. und Montag den 4. August, Abends 8 Uhr

in der eigens dazu erbauten großen Bude auf dem Holzmärkte die ersten Vorstellungen zu geben.

Die Productionen bestehen in gymnastischen, athletischen, acrobatischen und equilibristischen Productionen. Der kleine Turnkönig, so wie die Kautschukdame sind in ihren Leistungen bis jetzt von Niemandem übertroffen worden.

Preise der Plätze:

Sperst 10 Sgr. I. Platz 7½ Sgr.

II. Platz 5 Sgr. III. Platz 2½ Sgr.

Das Nähere werden die Zettel besagen.

L. Söismann,

academischer Künstler aus Amsterdam.

Die Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft

versichert zu billigen und festen Prämien Gebäude, Mobilien und Waaren aller Art, sowohl in der Stadt als auf dem Lande.

Der unterzeichnete, zur sofortigen Vollziehung der Policen ermächtigte Haupt-Agent, sowie der Special-Agent Herr E. A. Kleefeldt, Brodbänken gasse No. 41. u. Hr. Herm. Gronau Wollwebergasse 3. u. M. Löwenstein, Langgasse 39., ertheilen bereitwilligst jede zu wünschende Auskunft und nehmen Versicherungs-Anträge gern entgegen.

Carl H. Zimmermann,

Haupt-Agent,

Hundegasse No. 46.

Seyer'sche patentirte Viehsalzsteine empfehle mit 5 Sgr. pro Stüd. Auf Straßfurter Abraum-Salz nehme Bestellungen entgegen.

Christ. Fr. Keck,

Melzergasse 13.

Feuersichere asphaltirte Dachpappe, Metallpappe, feuersicheres cementirtes Leinen, besten englischen Dachpflz empfehle zu Fabrikpreisen. Die Eindeckung mit diesen Materialien, wie mit Schiefer, Pfannen, Metallen, Glas etc., lasse unter Garantie durch den hiesigen Dach- u. Schieferdeckermeister F. W. Redt ausführen und übernehme Neubauten u. Reparaturen in- auch ercl. Zuthaten. Steinkohlentheer, englischen, wie sogenannten Gastheer, polnisch. Rientheer, Asphalt, Asphalt-Präparate. Pappnägel habe stets in bester Qualität auf Lager.

Christ. Fr. Keck.

Melzergasse 13.

Einige 1/1, 1/2 u. 1/4 Preussische Lotterie-Losse, sowie Anthelle von 1, 2, 3, 4 u. 5 Thlr. kann ich noch billigt abgeben.

Stettin.

G. A. Kaselow,

gr. Oberstraße No. 8.

Ein rüstiger verheiratheter Mann in mittleren Jahren, wünscht, da er keine Beschäftigung hat, in einem inneren oder äußeren Geschäft auf einige Monate Beschäftigung. Falls Caution erforderlich ist, kann solche auf Wunsch gestellt werden. Adressen unter A. Z. in der Expedition dieses Blattes.

Victoria-Theater.

Sonnabend, den 2. August. (2. Abonnement No. 19.)

Die Bekenntnisse.

Lustspiel in 3 Aufzügen von Bauernfeld.

Hierauf:

Tanz, ausgeführt von Fräul. Meinecke.

Zum Schluss:

Zum ersten Male:

Die beiden Husaren.

Lustspiel in 1 Akt von E. v. Saville.

Wichtige Preisherabsetzung!!!

Die besten Bücher! neu! zu Concurrnz-Spottpreisen!!!

Die classischen deutschen Volksbücher, vollständig neu herausgegeben von Simrock, (vollst. und beste Ausgabe dieses vorzüglichen Werks) 40 Bücher mit vielen Bildern statt 13 Thlr. nur 4 Thlr. 28 Sgr.!! Humboldt's Kosmos, große Pracht-Ausgabe 4 Bde. 6 Thlr. 28 Sgr. Schillers sämmtl. Werke gr. Gotta'sche Pracht-Ausgabe mit den ber. Kaulbach'schen Stahlstichen, in sehr eleg. reich m. Gold verzierten Einbänden nur 6 Thlr. Göthe's sämmtliche Werke, große Gotta'sche Pracht-Ausgabe, mit den meisterhaften Kaulbach'schen Stahlstichen, nur 11 Thlr. 28 Sgr. Wilhelm, die Lyrik der Deutschen in ihren vollendetsten Schöpfungen, Auswahl aus 240 Dichtern, 5 Bücher, Quarto, nur 24 Sgr. Faust, groß Folio mit 50 prachtvollen Stahlstichen 3½ Thlr.!! Hogarth's sämmtliche Zeichnungen mit der vollständigen Erklärung von Richterberg (beste Ausgabe) nur 4½ Thlr. Düsseldorf's Künstleralbum, mit den herrlichsten Kupferblättern in prachtvollem Farbendruck nebst Text, sehr eleg., 58 Sgr. Illustriertes Unterhaltungs-Magazin, 3 Quartbde. m. 1000 Abbildungen 48 Sgr. Dr. Morel, das Geheimniß der Zeugung 1 Thlr. Decker's Mythologie mit 64 Kupfern, 25 Sgr. Meyers Universum, 4 Bde. 4to, mit vielen prachtvollen Stahlst., statt 12 Thlr. nur 4 Thlr. Regnault Chemie für Laien, mit 140 Abbildungen 18 Sgr. Simrock, die classischen deutschen Sagen aus dem Munde des Volks und deutscher Dichter 25 Sgr.!! Simrock, die sämmtlichen deutschen Volkslieder, 3 Bücher 28 Sgr. Thiers, Geschichte der frz. Revolution, 6 Bde. m. vorzügl. Stahlst. 52 Sgr. Neues Tanz-Album für 1863, höchst elegant nur 1 Thlr. Fr. Hoffmann, Parabeln, mit 20 Pracht-Stahlstichen, Octav, statt 2½ Thlr. nur 20 Sgr. Neues Album von 300 der besten Vieder mit Clavierbegleitung 1 Thlr.!! Voss, Joh. H., Werke (auch Louise) 4 Bde. Octav, 26 Sgr. British Poets, the classical des 19. Jahrhunderts (englisch) vorzügliche Sammlung, 800 Seiten größtes Octav. Pracht-Ausgabe statt 4 Thlr. nur 42 Sgr.!!! Naturgeschichte der 3 Reiche mit 350 sauber color. Kpfen. 1861, eleg. gebd. 45 Sgr. Die Hamburgische Prostitution und Biographien berühmter Frauenmädchen, 12 Bdd., 2 Thlr. Illustrationen hiezu 3 Thlr. Die galanten Geheimnisse Hamburgs, 6 Bde. 3 Thlr. Gemmen, Sammlung erotischer Gedichte, 2 Bde., (versteigelt), 2 Thlr. Chronique scandaleuse, 5 Bde. 1 Thlr. Zuluens Erlebnisse 2 Bde. m. — Kfen. (seist. Preis 3/4 Rdr.) nur 3 Thlr. Denkwürdigkeiten des Hrn. H. . . 1 Thlr. 28 Sgr. Kautlas Liebesabenteuer 4 Bde. m. Kpfen. 2 Thlr. 25 Sgr. Memoiren der Berliner Demi-Monde 4 Bde. m. Illustrat. nur 1 Thlr. Die Geheimnisse von Berlin, 12 Bde. 45 Sgr. Dehenschläger's sämmtl. Werke in 21 groß Octav Bdn. eleg. nur 2 Thlr. 28 Sgr. Lessings sämmtl. Werke, 10 Bde. 3 Thlr. 25 Sgr. Richterberg's Werke 5 Bde. 54 Sgr. Zschokke's Werke neueste Ausgabe, 17 dicke Bde. 5 Thlr. 25 Sgr. Shakespeares sämmtl. Werke, 12 Bde., mit Stahlst. 45 Sgr. Hoff-mäpler, die Thierwelt 22 Sgr. Humboldt, Thierge-schichten mit 12 Bildern nur 12 Sgr. Zimmermann's Physik mit vielen Abbildn. nur 24 Sgr. Dr. Valentins Physiologie mit 500 Kfen. nur 36 Sgr. Leguere's Fricciofage, deutsche Pracht-Ausgabe ar. Octav nur 18 Sgr. Scandinavischer Dichtersaal 300 Seiten Octav 12 Sgr. Fliegende Blätter mit 400 comischen Bildern, Quarto, 26 Sgr. TS Die neue Jobiade (vorzüglich humor. Puck) 356 Seiten mit Kpfen., 12 Sgr. Deutschlands Dichterhalle. Das Schönste und Gediegenste etc. 576 Oct.-S. 1862, sauber gebd. Ladenpreis 1½ Thlr., nur 14 Sgr. Wädler's populäre Astronomie mit 62 Kupfern und Karten nur 28 Sgr. Bibliothek historischer Romane und Erzählungen in Originalwerken der vorzügl. deutschen Schriftsteller, 20 (zwanzig) Bände (nicht Bändchen) Octav. Ladenpreis 21 Thlr. nur 58 Sgr.

Aufträge von 5 Thlr. an, erhalten zur Deckung des Porio's Werke von Müllbach und Gerstäcker und von 10 Thlr. an: Dbiaes u. Thiemes engl. Wörterbuch gratis!

Siegmund Simon, in Hamburg.

Berliner Börse vom 31. Juli 1862.

	Zf.	Br.	Gld.		Zf.	Br.	Gld.		Zf.	Br.	Gld.
Pr. Freiwillige Anleihe	4½	102½	102½	Nitpreussische Pfandbriefe	4	—	100	Königsberger Privatbank	4	100½	100½
Staats-Anleihe v. 1859	5	108½	108½	Pommersche do.	3½	92½	92	Pommersche Rentenbriefe	4	100½	100½
Staats-Anleihen v. 1850, 1852	4½	100	99½	do. do.	4	102	101½	Possensche do.	4	100½	99½
do. 1854, 55, 57	4½	103½	102½	Possensche do.	4	—	104½	Preussische do.	4	101	100½
do. v. 1859	4½	103½	103	do. do.	3½	—	98½	Preussische Bank-Antheil-Scheine	4½	124½	—
do. v. 1856	4	103½	102½	do. neue do.	4	99½	99	Preussische Metalliques	5	57½	56½
do. v. 1853	4	100½	99½	Westpreussische do.	3½	89½	88½	do. National-Anleihe	5	60½	63½
Staats-Schuldscheine	3½	91½	90½	do. do.	4	—	100	do. Prämien-Anleihe	4	74	—
Prämien-Anleihe v. 1855	3½	125½	124½	do. do. neue	4	99½	—	Polnische Schatz-Obligationen	4	84	83
Westpreussische Pfandbriefe	3½	89½	89½	Danziger Privatbank	4	104½	103½	do. Cert. L.-A.	5	—	94½